

KI* – c/o J. Zahn - Braugasse 5 - 63743 Aschaffenburg

An den Oberbürgermeister
Jürgen Herzing
(per mail)

Den Medien zur Kenntnis

STADT ASCHAFFENBURG				
EINGANG				
11.09.2024				

c/o J. Zahn
Braugasse 5
63743 Aschaffenburg
Tel: 06021/8629875

11.09.2024

Antrag - Vermeidung von Interessenkollisionen kommunaler Mandatsträger im Rahmen geschäftlicher Beziehungen gemäß § 49 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im Zuge der jüngsten Diskussionen rund um die Abstimmung des Aufsichtsrats der Klinikum Aschaffenburg-Alzenau GmbH über den Austritt aus dem kommunalen Arbeitgeberverband ist die Frage einer möglichen Befangenheit kommunaler Mandatsträger aufgekommen. Im Interesse größtmöglicher Transparenz und zur Sicherstellung der Integrität kommunaler Entscheidungen stellt die Kommunale Initiative (KI) folgenden Antrag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat darüber Bericht zu erstatten, ob von ihm zur Wahrung der Interessen der Stadt und der Bürger in den Aufsichtsrat der Klinikum GmbH entsandte Mitglieder geschäftliche Beziehungen mit diesem Unternehmen unterhalten.
2. Sollte dies der Fall sein, sind folgende Informationen offenzulegen:
 - a) Die Art und Natur dieser Beziehungen.
 - b) Seit wann diese Beziehungen bestehen.
 - c) Der finanzielle Umfang dieser Beziehungen.
3. Auf Grundlage dieses Berichts entscheidet der Stadtrat gemäß Art. 49 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern und der Geschäftsordnung des Stadtrates – unter Ausschluss der betroffenen Personen – darüber, ob eine Befangenheit gemäß Abs. 1 („Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung“) vorliegt.

E-Mail:
[j.zahn@kommunale-
initiative.de](mailto:j.zahn@kommunale-initiative.de)

Web:
[www.kommunale-
initiative.de](http://www.kommunale-initiative.de)

*Die basisdemokratische
Liste im Stadtrat von
Aschaffenburg*

**Mitglied bei attac und
Mehr Demokratie e.V.**

Begründung:

Es ist von entscheidender Bedeutung, dass kommunale Entscheidungen frei von jeglichen persönlichen oder geschäftlichen Interessen getroffen werden. Nur so kann das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Unabhängigkeit und Objektivität von kommunalen Entscheidungen gewahrt werden.

Mit freundlichen Grüßen, Jürgen Zahn, Stadtrat